

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Dienstag, 9. Dezember 1986

Blatt 2983

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS U-Bahn: Tunneldurchschläge auf der Landstraße
ausgesendet: Ehrenmedaille in Gold an fünf Wissenschaftler
(grau) Der Arbeitsmarkt im November
Chancen der Risikobabys steigen

Kommunal: Wiener Gemeinderat - Budgetdebatte
(rosa) Drei neue Flächenwidmungspläne, eine Bausperre
Enquete über Zukunft der Mariahilfer Straße
Braun: Selbstverständlich auch bei Stickoxiden
der MVA tätig

Nur
über FS: Vortrag: Wiens Konzertleben in älterer Zeit
Senioreninfo
Brand in Zentrallager der MA 54

.....
Bereits am 5. Dezember 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

U-Bahn: Tunneldurchschläge auf der Landstraße

10 =Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Verkehrsstadtrat Johann HATZL gab Freitag vormittag in Anwesenheit von Bezirksvorsteher Rudolf BERGEN das Signal für die Tunneldurchschläge zwischen den Bauabschnitten U3/3 und U3/4 sowie U3/4 und U3/5 im 3. Bezirk. Dadurch entstand zwischen der Messenhausergasse und der Gigergasse der bisher längste U3-Tunnel mit einer Länge von 1.230 Metern.++++

Im Bauabschnitt U3/3 zwischen der Wassergasse und der Leonhardgasse werden bis Ende 1987 alle Schlitzwandarbeiten abgeschlossen sein. Der Bauabschnitt U3/4 zwischen Landstraßer Hauptstraße Nr. 31 und Wassergasse ist im Rohbau weitgehend fertiggestellt, lediglich im Bereich Rasumofskygasse gibt es noch eine Transportöffnung. Im Bauabschnitt U3/5 zwischen Gigergasse und Landstraßer Hauptstraße Nr. 31 sind bereits sämtliche Deckenhorizonte fertiggestellt. Derzeit wird an der Herstellung der wasserdichten Innenschalen gearbeitet. Die Oberfläche ist bis auf die Förderöffnungen geschlossen, die im kommenden Jahr zubetoniert werden. Damit werden die Behinderungen der Anrainer durch den U-Bahn-Bau im Bereich des 3. Bezirkes immer geringer. (Schluß)
lei/bs

NNNN

.....
Bereits am 5. Dezember 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Ehrenmedaillen in Gold an fünf Wissenschaftler

12 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Als Anerkennung ihrer hervorragenden wissenschaftlichen Leistungen überreichte Freitag Stadtrat Friederike SEIDL im Steinernen Saal des Wiener Rathauses fünf Wissenschaftlern Ehrenmedaillen der Stadt Wien in Gold: a.o. Univ.-Prof. Hofrat Dr. Eva FRODL-KRAFT, Kunsthistorikerin, dem Heraldiker, Senatsrat in Ruhe Prof. Dr. Hanns JÄGER-SUNSTENAU sowie den Universitätsprofessoren Dr. Walter LEITSCH, Dr. Johann Karl MADER und Dr. Georg SAUER.

Die Stadträtin dankte den Geehrten vor allem dafür, daß sie mit ihrem Einsatz dazu beigetragen haben, daß Wien auch auf wissenschaftlichem Gebiet einen hervorragenden Ruf in der ganzen Welt genießt. Mit der Zuerkennung einer Ehrenmedaille wolle die Stadt Wien all jenen Personen Dank sagen, die durch ihr Engagement dazu beigetragen haben, daß Wien heute eine Stadt ist, die neben ihrer großen historischen und künstlerischen Tradition auf eine sehr lebendige Gegenwart hinweisen kann, in der vor allem die Wissenschaft einen wichtigen Platz einnimmt. (Schluß) lei/rb

NNNN

.....
Bereits am 6. Dezember 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Der Arbeitsmarkt im November

1 =Wien, 6.12. (RK-LOKAL) Ende November waren in Wien 38.593 Personen als arbeitslos gemeldet, um 1.195 mehr als im Oktober 1986 und um 5.373 mehr als im November des Vorjahres. Die Wiener Arbeitslosenrate betrug im heurigen November 4,9 Prozent.++++

In den einzelnen Sparten gab es folgende Zahl von Arbeitslosen (in Klammer die Veränderung zunächst zum heurigen Oktober, dann zum November des Vorjahres):

Angestellte 14.350 (-186; + 3.472), Bau-Holz 3.173 (+ 740; + 141), Bekleidung-Textil-Leder 749 (- 9; + 155), Berufliche Rehabilitation 984 (-29; - 230), Graphik-Papier 609 (+ 32; + 108), Handel-Transport-Verkehr-Landwirtschaft 5.949 (+ 475; - 536), Jugendliche 351 (+ 30; + 351), Lebensmittel 817 (+ 52; + 180), Metall-Chemie 4.325 (+ 347; + 639), Persönliche Dienste-Gastgewerbe 7.296 (+ 543; + 1.093). (Schluß) sei/gg

NNNN

.....
Bereits am 8. Dezember 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Chancen der Risikobabys steigen

Utl.: Frühgeborenenstation im AKH erfolgreich

1 =Wien, 8.12. (RK-KOMMUNAL) Mit einem Aufwand von zweieinviertel Millionen Schilling wurde die Frühgeborenenstation im Allgemeinen Krankenhaus dem Bedarf entsprechend adaptiert. Unter anderem wurden die elektrischen Anschlüsse und die Installationen für medizinische Gase verbessert, gab Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER bekannt. An dieser Station werden zurzeit 20 Babys betreut, die durch zu frühe Geburt und zu geringes Gewicht beziehungsweise nicht vollständige Reife besonders gefährdet sind. Während einerseits die Zahl solcher Risikokinder weiter steigt, nehmen auch die Chancen stark zu, sie am Leben zu erhalten und zu gesunden Kindern zu machen.++++

Wie Prof. Dr. Otto THALHAMMER von der Abteilung des Allgemeinen Krankenhauses der Kinderklinik für Neonatologie und angeborene Störungen dazu erklärte, ist es heute möglich, Müttern, die früher kinderlos geblieben wären, das Gebären von Kindern zu ermöglichen. So erfreulich diese Erfolge einerseits sind, dürfen, so Prof. Thalhammer, auch die daraus resultierenden Folgen und Risiken nicht unbeachtet bleiben: Zunehmend kommen heute Kinder mit Geburtsgewichten unter 1000 Gramm zur Welt. Sie sind noch nicht ausgereift und bedürfen, um überleben zu können, einer intensiven Pflege. Mit neuen Geräten, wie beispielsweise verbesserten Beatmungsgeräten, aber auch Einrichtungen, mit denen der Blutsauerstoff- und -kohlendioxidgehalt durch die Haut hindurch gemessen werden kann, modernen Monitoren und automatischen Injektionsspritzen werden die Chancen für die Kleinen verbessert. An dieser Abteilung befindet sich ein internationales Zentrum zur Behandlung der besonders empfindlichen Lungen von kleinen Neugeborenen.

Die Erfolge im Bestreben, solche Risikobabys am Leben zu erhalten, sind eindrucksvoll. Im Jahre 1984 konnte erste ein Drittel der Neugeborenen unter 1000 Gramm Körpergewicht gerettet werden, heute ist es bereits jedes zweite Kind. Von den knapp Darüberliegenden war 1984 noch ein Drittel aufs höchste gefährdet, heute sind es nur mehr 4,3 Prozent. Allerdings stieg die durchschnittliche Aufenthaltsdauer von 24,7 auf 28,4 Tage und die Dauer der automatischen Beatmung von 17,1 auf 17,6 Tage. (Schluß)

and/bs

Drei neue Flächenwidmungspläne, eine Bausperre

Utl.: öffentliche Auflage

2 =Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Für drei Gebiete - im 3., 7. und 9. Bezirk - wurden Entwürfe für neue Flächenwidmungs- und Bebauungspläne ausgearbeitet, für einen Teil von Mariahilf soll eine zeitlich begrenzte Bausperre verhängt werden. Die Planentwürfe liegen vom 11. Dezember bis 19. Jänner (nicht jedoch am 24. und 31. Dezember sowie am 2. Jänner) während der Amtsstunden (Montag bis Freitag zwischen 8 und 15.30 Uhr, an den "langen Donnerstagen" bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. Für das Gebiet im 3. Bezirk gibt es eine zusätzliche Informationsveranstaltung im Bezirk, zu der die dortigen Bewohner mit Flugblättern eingeladen werden.++++

Die Planungen im 3. Bezirk betreffen das sogenannte "Weißgerberviertel". Es wird im wesentlichen vom Wienfluß und Donaukanal sowie von der Schnellbahntrasse begrenzt. Durch den neuen Plan soll einer weiteren Verdichtung der Bebauung entgegengewirkt werden. Es sind Maßnahmen vorgesehen, um mehr Grünflächen in diesen Stadtteil zu bringen (Dach- und Innenhofbegrünungen).

Das Plangebiet im 7. Bezirk liegt zwischen Westbahnstraße, Schottenfeldgasse, Lindengasse und Neubaugasse. Zwischen Westbahnstraße und Seidengasse soll eine Schutzzone ausgewiesen, die bauliche Ausnutzbarkeit im Plangebiet im Interesse der Verhinderung einer weiteren Verdichtung begrenzt werden. Teilweise soll die gärtnerische Ausgestaltung von Innenhöfen vorgeschrieben werden.

Im 9. Bezirk (zwischen Währinger Straße, dem Gelände des Allgemeinen Krankenhauses und der Spitalgasse) will man, wie auch in den anderen Planungsgebieten, die Bebauungsdichte nicht noch weiter ansteigen lassen. Dazu gehört auch eine neue Begrenzung der zulässigen Gebäudehöhen, und es soll mehr Innenhofbegrünungen geben.

Eine Bausperre soll zwischen Mariahilfer Straße, Wienzeile, Gürtel und Laimgrubengasse/Getreidemarkt gelten. Sie steht im Zusammenhang mit dem Bau der U 3. (Schluß) and/rr

Enquete über Zukunft der Mariahilfer Straße

3 =Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Es dauert zwar noch einige Jahre, bis die U-Bahn-Bauarbeiter aus der Mariahilfer Straße abziehen werden, aber schon jetzt ist es an der Zeit, sich den Kopf über die Zukunft dieser traditionsreichen Geschäftsstraße zu zerbrechen, die ja durch den U-Bahn-Bau und die anschließende Neugestaltung noch attraktiver gemacht werden soll. Auf Initiative von Planungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN fand deshalb an diesem Wochenende im Wiener Rathaus ein internationales Expertengespräch über dieses Thema statt.

Auf Einladung der Stadtplanung und des Institutes für Stadtforschung diskutierten in- und ausländische Architekten (darunter die renommierte britische Architektengemeinschaft Alsop, Barnett and Lyall), Wirtschaftsfachleute und Stadtplaner, Vertreter der Kaufleute der Mariahilfer Straße und der Neubaugasse, der Handelskammer und der Arbeiterkammer, der Bezirksvertretungen sowie Experten des Magistrats.++++

Ziel der Veranstaltung war es selbstverständlich nicht, bereits ein Projekt zu erstellen, sondern die Gesamtproblematik der Mariahilfer Straße und ihrer Umgebung aus möglichst vielen Blickwinkeln zu beleuchten sowie Ideen und Meinungen zu sammeln, die dann in die weitere Planungsarbeit einfließen können. "Dieser Zweck der Enquete wurde voll erreicht," resümierte Stadtrat Hofmann in seiner abschließenden Zusammenfassung, "es werden aber noch viele Diskussionen - vor allem mit den betroffenen Geschäftsleuten und Bewohnern - notwendig sein, bis wir endgültig wissen, wie die Mariahilfer Straße der Zukunft aussehen soll. Entscheidend für alle Überlegungen ist dabei, daß es uns auch hier gelingen muß, die städtebauliche und gestalterische Chance infolge des U-Bahn-Baues zu nützen und eine weitere Aufwertung der Mariahilfer Straße als urbane Geschäftsstraße und zentrale Achse des 6. und 7. Bezirks zu erreichen." (Schluß) ger/rr

Braun: Selbstverständlich auch bei Stickoxiden der MVA aktiv
11 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Selbstverständlich ist das
Umweltressort auch bei der Frage der Verringerung der Stickoxid-
emissionen aus Müllverbrennungsanlagen aktiv, wie er, Braun, auch
heute in der Fragestunde des Gemeinderates mitgeteilt habe. Das
erklärte der Wiener Umweltstadtrat Helmut BRAUN Dienstag gegenüber
der "RATHAUSKORRESPONDENZ" zu einer Aussendung von Gemeinderat Dipl.
-Ing. Dr. Rainer PAWKOWICZ. Braun wies dabei darauf hin, daß von der
Umweltabteilung u.a. gemeinsam mit dem Umweltbundesamt und der Firma
Simmering Graz Pauker im Jahr 1987 ein gemeinsames Forschungsvor-
haben durchgeführt wird, das zum Inhalt hat, einen Kessel der MVA
Flötzersteig so umzubauen, daß einerseits Bedingungen für eine
weitere Reduktion von Dioxinen und Dibenzofuranen, andererseits aber
auch Versuche, durch feuerungstechnische Maßnahmen die Stickoxid-
bildung zu reduzieren, beinhalten soll - mit dem Ziel, eine
Stickoxidbildung zu reduzieren, beinhalten soll - mit dem Ziel, eine
Stickoxidverringerung von 40 bis 60 Prozent zu erreichen.
Selbstverständlich beobachtet die Umweltabteilung aber auch alle
Verfahren, die sich mit der Verringerung der Stickoxide bei
Müllverbrennungsanlagen beschäftigen, wobei zum Teil allerdings
Nebenwirkungen bei bestimmten Verfahren noch nicht bekannt sind.

Wo mit einer verfügbaren Technologie eine Verringerung der
NOx-Emissionen möglich war - bei den Kraftwerken - wurden rasch
erhebliche Mittel eingesetzt, dort ging es auch um eine Reduzierung
um etwa 5.500 Tonnen jährlich." Wo aber, wie bei den MVA, für die
Verhinderung einer jährlichen NOx-Emission von etwa 600 Tonnen keine
wirklich ausgereifte Technologie vorhanden ist, versuchen wir,
kostenbewußt nach einer optimalen Lösung zu suchen, wie sie mit dem
Forschungsvorhaben entstehen kann," sagte Braun. Diese Vorgangsweise
- gemeinsam mit der Firma, die bereits die beiden Rauchgaswäschen
für die Wiener Müllverbrennungsanlagen entwickelt hat - erscheint
auch deshalb sinnvoll, weil Entstickungsmaßnahmen bei
Müllverbrennungsanlagen in Österreich an und für sich nur bei drei
Anlagen - eine kleine in Wels und die beiden in Wien (mehr gibt es
in Österreich nicht) in Frage kommen. (Schluß) hrs/rr

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

4 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Gemeinderates begann Dienstag unter dem Vorsitz von GR. HIRSCH (SPÖ) mit einer Fragestunde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. NEUMANN (ÖVP), welche Initiativen im Zusammenhang mit den Sperrstunden im Gastgewerbe und der damit verbundenen Lärmbelastigung der Wohnbevölkerung gesetzt wurden, antwortete Bürgermeister Dr. ZILK, er habe die zuständigen Dienststellen der Stadt Wien angewiesen, beispielsweise durch Vorverlegung der Sperrstunde Belästigungen der Wohnbevölkerung abzustellen. Bei neuen Betrieben werden entsprechende Vorschriften bereits in den Bewilligungsbescheid aufgenommen. Eine kollektive Beschränkung der Betriebszeit ist jedoch nicht möglich.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), welche Aufwendungen im laufenden Jahr durch die dreiköpfige Geschäftsführung des Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds entstanden sind, antwortete StR. EDLINGER (SPÖ), daß monatlich 102.165 Schilling exklusive Überstunden für jeden Direktor gezahlt wurden. Das sei angesichts der Aktivitäten des Fonds gerechtfertigt.

Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. Dr. HÄUPL (SPÖ), wie die Mietermitbestimmung im Rahmen des kommunalen Wohnbaues aussehen werde, antwortete StR. EDLINGER, daß die Stadt Wien gemeinsam mit einer Mietervertretung ein Statut über Mietermitbestimmung schaffen werde. Damit sollen die Interessen der Mieter kommunaler Wohnbauten gewahrt werden. Längerfristig und aufgrund einer entsprechenden Gesetzesänderung sollen diese demokratischen Grundsätze auch im nicht-kommunalen Wohnbau verwirklicht werden. Dazu gehört beispielsweise eine Informationsverpflichtung im Zusammenhang mit Erhaltungsarbeiten, beim Hauptmietzins, bei den Betriebskosten sowie bei besonderen Aufwendungen und Kreditaufnahmen, die die Mieter belasten. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

5 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. Margarete DUMSER (SPÖ), ob der Wiener Musiksommer 1986 trotz Abschwächung des Fremdenverkehrs beim Publikum Anklang gefunden habe, sagte Kulturstadtrat MRKVICKA (SPÖ), daß der Musiksommer mit über 100.000 Besuchern und einer Auslastung von 82,8 Prozent auf dem Konzertsektor und 90 Prozent bei den Vorstellungen der Volksoper das Ergebnis des Vorjahres noch übertroffen hat. Damit werde der Trend zur Qualität und zur Setzung neuer Akzente sowohl vom touristischen wie auch vom heimischen Publikum bestätigt. Der Musiksommer 1987 wird unter dem Motto "Franz Schubert und die Romantik" stehen.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. HAHN (ÖVP), ob beabsichtigt sei, die von den ÖBB geplanten Garagen beim Süd- und Westbahnhof mit Garagenförderungsmitteln der Stadt Wien zu errichten, sagte Vizebürgermeister MAYR, daß derzeit keine Förderungsansuchen und auch keine Unterlagen zu diesen Garagen vorliegen. Zu anderen Garagenprojekten befragt, sagte Mayr, daß für die Heldenplatzgarage der Baubeginn nach dem Ende der KSZE-Gespräche in der Hofburg vorgesehen sei, und die Garage in Grinzing An den langen Lüssen erst nach dem Ende eines Enteignungsverfahrens für ein Grundstück gebaut werden könne. Zur Freyung-Garage gebe es ernsthafte Gespräche mit einem möglichen Bauträger. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

7 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), welche Initiativen von der Stadt Wien ausgehen, um Entstickungsanlagen für Müllverbrennungsanlagen in Österreich zu entwickeln, sagte StR. BRAUN (SPÖ), daß sich die Stadt Wien mit den Rauchgaswäschanlagen, die bereits gebaut wurden, auf dem Stand der derzeitigen Technik befindet. Dabei wird auch der größte Teil der NOx-Emissionen gebunden. Da ein großer Teil der Stickoxide auch vom Kfz-Verkehr stammt, hat die Bundesregierung mit ihren Maßnahmen zur Einführung des Katalysators wichtige Initiativen gesetzt. Die Stadt Wien wird natürlich auch in Zukunft die technische Entwicklung auf dem Entstickungssektor sehr genau verfolgen. Generell sprach sich Braun auch für Maßnahmen zu einer wesentlichen Reduktion des Müllanfalls aus. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

8 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. FAYMANN (SPÖ), ob sich aufgrund der bereits in Betrieb stehenden Rauchgasanlage der Müllverbrennung Flötzersteig bzw. durch den Probetrieb im Werk Spittelau bereits positive Auswirkungen auf die Luftsituation in Wien ergeben hätten, erklärte Umweltstadtrat BRAUN (SPÖ), die Schadstoffemissionen seien deutlich gesunken. Die Luftmeßergebnisse bei einer Aktion der jungen ÖVP bezeichnete Braun als Momentaufnahmen und nicht seriös.

Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. HELMER (ÖVP), warum in Wiener Pflichtschulen noch immer nicht das Bild des Bundespräsidenten aufgehängt sei, erklärte StR. Ingrid SMEJKAL (SPÖ), die Bestellung der Bundespräsidenten-Portraits für die Wiener Schulen sei im Juni 1986 erfolgt. Die Firma, die durch eine beschränkte Ausschreibung für den Auftrag ermittelt worden sei, habe diese Frist aber nicht einhalten können. Bis Ende der nächsten Woche werde die Auslieferung aber abgeschlossen sein.

Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. PROCHASKA (ÖVP), durch welche Maßnahmen sie sicherstellen wolle, daß in den ihr unterstehenden städtischen Einrichtungen keine Parteipropaganda betrieben werde, erklärte StR. SMEJKAL, ihres Wissens gebe es eine solche Propaganda dort nicht. (Forts.) jel/rr

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

9 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Die Heimhilfe versorge derzeit rund 11.000 Personen, der Besuchsdienst 2.500, der Reinigungsdienst rund 4.000 und Essen auf Rädern rund 5.000 Personen, beantwortete Sozialstadtrat Ingrid SMEJKAL (SPÖ) die ZEHNTE ANFRAGE von GR. Leopoldine PFAUSER (SPÖ) über die weitere Verbesserung der sozialpflegerischen Betreuung älterer Menschen. Man werde die Pflegemöglichkeiten zu Hause fördern müssen, da der Anteil der über 85jährigen Wiener bis 1995 um 26 Prozent zunehmen werde, erklärte Smejkal. Verbesserungen werde es bei der Abend- und Wochenendversorgung und bei der Nachsorge für Pflegeheim-Insassen geben müssen. Der Ausbau von Geriatriischen Tageszentren und Pflegeheimen für Sozialbehinderte sei ebenfalls notwendig. (Forts.) jel/gg

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Budgetrede Vizebürgermeister Mayr

12 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) In seiner Budgetrede erklärte Vizebürgermeister Hans MAYR (SPÖ), daß die Budgeterstellung von vier wichtigen Komponenten anhänge: wirtschaftliche Lage, Finanzsituation der Stadt, sachliche Erfordernisse und politische Zielsetzungen.

Das Wiener Budget 1987 sieht Einnahmen von 77,3 Milliarden und Ausgaben von 84,2 Milliarden bei einem Abgang von 6,9 Milliarden vor. Gegenüber dem Budget 1986 steigen die Einnahmen um 6,8 Prozent, die Ausgaben um 7,1 Prozent, der Abgang erhöhte sich damit von 6,2 Milliarden auf 6,9 Milliarden.

Der Finanzstadtrat erklärte, daß sich in den vergangenen Jahren die finanzielle Situation Wiens verbessert habe und daß der Schuldenstand mit rund 40 Milliarden stabil sei. Das Budget für das kommende Jahr sei vor allem durch eine kräftige Erhöhung der Investitionen um 1,7 Milliarden auf rund 13,1 Milliarden gekennzeichnet. Rund drei Viertel der Investitionen entfallen auf die Schwerpunktbereiche Umwelt, U-Bahn-Bau, Spitäler und Wohnbau. Die Investitionen für den Umweltschutz wurden um 474 Millionen auf knapp 1,5 Milliarden erhöht. Die Ausgaben für den Bau der U3 und U6 steigen auf 4.637 Millionen, das sind um 947 Millionen mehr als 1986. Für die Spitäler werden im kommenden Jahr 2,6 Milliarden Schilling ausgegeben. Die Investitionen für den kommunalen Wohnbau betragen 1.583 Millionen, das sind um 112 Millionen weniger als im Budget 1986. Gleichzeitig werden Wohnbauförderungsmittel für die gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften um 331 Millionen auf 2.951 Millionen erhöht.

Die hohe Investitionstätigkeit der Stadt Wien, der Wiener Stadtwerke sowie der Wiener Holding hat vor allem positive Auswirkungen auf die Bauwirtschaft. Einer WIFO-Studie entsprechend erzielte die Bauwirtschaft in Wien einen Umsatzzuwachs von 16,1 Prozent, das ist doppelt so viel wie die österreichweiten Umsatzzuwächse. Mit 12.609 Bauarbeiten waren im Oktober 1986 auf Baustellen der Stadt Wien um 6,6 Prozent mehr beschäftigt wie im Oktober 1985 (Forts.) lei/bs

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Budgetrede Vizebürgermeister Mayr

13 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Neben dem Investitionsbudget werden 1987 auch die Ausgaben für die Instandhaltung erhöht. Für die Sanierung von Gemeindewohnhäusern und Amtsgebäuden stehen 2.264 Millionen (plus 14,6 Prozent) zur Verfügung, für die Häusersanierung sind weiters knapp 700 Millionen als Zuschüsse im Rahmen der Wohnbauförderung veranschlagt.

Vizebürgermeister Mayr führte weiter aus, daß im Budget 1987 auch die nachfragewirksamen Ausgaben um fast 10 Prozent auf 24,7 Milliarden Schilling angehoben wurden. Besonders bemerkenswert sei, daß trotz der Zunahme der Investitionen die Verschuldung Wiens Ende 1986 um rund 0,2 Milliarden niedriger sein wird als Ende 1984.

Gleichzeitig mit der Budgeterstellung werde auch der sogenannte Gebührenspiegel erarbeitet, führte Mayr weiter aus. Die für das Budget wesentlichen drei Gebühren (Wasser, Müllabfuhr, Kanal) sollen entsprechend dem politischen Willen möglichst kostendeckend sein. Bei den Gebühren für Wasser und Müllabfuhr liegen deshalb Anträge auf Erhöhung vor. Diese Erhöhungen seien gerechtfertigt, da die letzten Gebührenerhöhungen vier Jahre (Wasser) bzw. fünf Jahre (Müllabfuhr) zurückliegen. Sollte der Wiener Gemeinderat die geplanten Erhöhungen beschließen, kommt es im nächsten Jahr zu Mehreinnahmen von rund 185 Millionen, die im Budgetentwurf noch nicht enthalten sind und eine Erweiterung des finanziellen Spielraumes darstellen.

Mit der termingerechten Eröffnung der zentralen Speisenversorgung des neuen AKH in der vergangenen Woche ist nach der Fertigstellung der Neurochirurgischen Universitätsklinik bereits ein zweiter, wesentlicher Bestandteil des neuen AKH von der mit der Baudurchführung beauftragten VOEST-Tochter VAMED termingerecht fertiggestellt worden. (Forts.) lei/rr

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Budgetrede Vizebürgermeister Mayr

14 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) 1987 werden die Kernspintomographieanlage und die medizinisch-technischen Schulen fertiggestellt. Nach einer neuerlichen Überprüfung der Fertigstellungstermine kann festgehalten werden, daß auch die weiteren Termine bis zum Beginn der Übersiedlung der Kliniken 1990 eingehalten werden. Dabei werden die Kosten niedriger sein als veranschlagt. Die Herstellungskosten werden nicht 37,8 Milliarden, sondern 34,4 Milliarden Schilling betragen. Damit ergeben sich für den Hälfte-Bauherrn Stadt Wien Einsparungen von 1,7 Milliarden Schilling, die ebenfalls in den nächsten Jahren zum Tragen kommen werden.

Gleichzeitig mit dem Budget beantragte der Finanzstadtrat die Genehmigung des fünfjährigen Finanz- und Investitionsplanes der Stadt Wien (1987 bis 1991). Auch die nächsten Jahre sind von hohen Investitionserfordernissen gekennzeichnet, erklärte dazu Mayr. Der Finanzierungsspielraum der Stadt Wien werde zwar etwas größer, trotzdem werde es in den Budgetverhandlungen der kommenden Jahre darauf ankommen, einen politisch verantwortungsvollen Weg zwischen Erfordernissen und finanziellen Möglichkeiten zu finden.

Zur U-Bahn-Finanzierung erklärte Mayr, daß mit dem Bund eine Vereinbarung getroffen wurde, für die kommenden drei Jahre je 1,8 Milliarden aus dem Budget bereitzustellen. Je weitere 1,9 Milliarden Schilling können in diesen drei Jahren über den Weg der Vorfinanzierung aufgebracht werden, sodaß insgesamt ein Rahmenbetrag von 14,6 Milliarden zur Verfügung stehen wird.

Weiters wurde mit dem Bund vereinbart, die Frage einer "Haltestelle Wien" an einer Hochleistungsstrecke der ÖBB sowie der Frage der Bewerbung Wiens um eine Weltausstellung 1996 zu prüfen.
(Forts.) lei/bs

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Budgetrede Vizebürgermeister Mayr

15 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Diese beiden Projekte, erklärte Vizebürgermeister Mayr, seien die große Chance für Wien und die Ost-Region, innerhalb eines relativ kurzen Zeitraumes ein bedeutendes Infrastrukturprogramm durchzuziehen.

Das Wiener Budget 1987 sei vor allem durch einen Investitionsschub gekennzeichnet, resümierte Mayr. Die Steigerung der Investitionen um mehr als 40 Prozent wäre ohne einer leichten finanziellen Erholung der Stadt Wien nicht möglich gewesen. Für das Jahr 1987 ist, wie in den vergangenen Jahren, dafür Sorge zu tragen, daß durch Mehreinnahmen und Minderausgaben nicht der volle Abgang in der Höhe von 6,9 Milliarden Schilling durchschlagen wird. (Forts.)
lei/rr

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Generaldebatte, Finanzen und Wirtschaftspolitik

18 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. ARTHOLD (ÖVP) sagte, das Wesentlichste eines Budgets sei es, die steuerlichen Mittel so einzusetzen, daß daraus private Folgeinvestitionen resultieren. Die Kosten der "Krankenpolitik" (nicht der "Gesundenpolitik") stiegen überproportional im Vergleich zum Erfolg, und im Umweltbereich werde keine klare Linie verfolgt. Durch unklare Wege bei der Suche nach Problemlösungen sei viel Geld unnütz ausgegeben worden. Die Armut wachse und belaste zusätzlich das Budget, und der ständige Verfall der wirtschaftlichen Moral führe dazu, daß immer mehr Steuergeld verschlampt werde. Grundsätzlich gelte, daß der Freiraum für sinnvolle Wirtschaftsimpulse zu klein geworden sei.

Im einzelnen sagte Arthold zum Wohnbau, man habe das Gefühl, daß die Stadt nicht mehr fähig sei, sich diesem Thema zu widmen. Es komme dazu, daß fertiggestellte Wohnbauten nicht abgenommen werden und sich daraus Mängel ergeben, die später aufwendig beseitigt werden müssen. Hinsichtlich der Stadterneuerung erklärte Arthold, der Streit sollte nicht um sanfte Stadterneuerung oder Totalsanierung gehen. Wichtig sei es, diese Probleme umfassend und auch in Hinblick auf die Verbesserung der Wohnumgebung zu betrachten. Dazu gehöre auch das Problem des ruhenden Verkehrs. Dem werde jedoch zu wenig Augenmerk gewidmet. (Forts.) and/rr

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Generaldebatte, Finanzen und Wirtschaftspolitik

19 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Was die Umwelt betrifft, hätten die bisher damit befaßten Stadträte die Größe der Probleme nicht erkannt, die Erfahrungen aus dem Ausland und die Kenntnisse der Hohen Schulen nicht genützt oder zu wenig kritisch berücksichtigt, kritisierte Arthold. Die Bevölkerung sei zu wenig zur Müllvermeidung motiviert worden. Die Luftqualität sei nicht so gut, wie es dem Bürger vorgegaukelt werde, und bei der EBS-Sanierung stehe man wieder am Anfang. Zu wenig werde gegen die Schäden durch Hausbrand und die Lärmbelastigung getan. Bei der Verkehrspolitik sei wohl das U-Bahn-Netz zu begrüßen, doch funktionierten sekundärer und tertiärer Verkehrssektor nicht gut genug. Beim Individualverkehr habe man die Schaffung von Park-and-ride-Plätzen vernachlässigt, und es werde zu wenig für Parkraum bei Einkaufszentren getan.

Arthold forderte mehr Demokratie und den Ausbau der Bürgerrechte und kritisierte, daß bei der Dezentralisierung die Bezirkspolitiker und Bürger übergegangen wurden.

Auch sei festzustellen, daß das Budget nicht die Spannung reflektiere, die die bevorstehende Jahrtausendwende beinhalte. Diese Stadt brauche mehr Impulse und mehr Phantasie, doch beides finde im Budget keinen Niederschlag. Daher lehne die ÖVP den Voranschlag 1987 ab. (Forts.) and/rr

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Generaldebatte, Finanzen und Wirtschaftspolitik

20 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. SWOBODA (SPÖ) bezeichnete das Budget 1987 als Ausdruck einer Kommunalpolitik, die wirtschaftlich und politisch dem Weg der permanenten Reformen im Dienste der Bürger Wiens verschrieben ist. Daß gerade das ständige Überdenken politischer Methoden, die Bürgernähe und Weiterentwicklung der Demokratie für unsere Gesellschaft notwendig seien, sei auch dem Ergebnis der letzten Wahlen abzulesen, sagte Swoboda. Es gelte, auch die Nichtentschlossenen - die Nichtwähler - für das politische Geschehen zu interessieren, für die Gestaltung der Gesellschaft zu gewinnen. Dabei seien sowohl Klein- wie auch Großprojekte in einen breiten Diskussionsprozeß einzubeziehen. Reformen seien im Gesundheitswesen notwendig, wo die Spitalsreform mit Hilfe aller beteiligten Körperschaften und Institutionen bewältigt werden müsse. Im Wohnbereich habe die Stadterneuerung bereits mit zahlreichen Aktivitäten positive Auswirkungen gezeitigt. Aber auch hier sei der Weg der ständigen Reform zu gehen, wobei die Sanierung mit den Mietern und für die Mieter stets im Vordergrund stehen müsse. Zur wirtschaftlichen Situation sagte Swoboda, daß Wien ein Wachstum bei der Beschäftigung verzeichne, daß aber auch hier längerfristige Strukturprobleme nur durch das gemeinsame Wollen und die gemeinsame Initiative aller bewältigt werden könnten. (Forts.)
gab/rr

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Generaldebatte, Finanzen und Wirtschaftspolitik

21 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Man könne eine Budgetkonsolidierung nicht über die Gebührenpolitik betreiben, kritisierte GR DKfm. WÖBER (ÖVP) den Voranschlag 1987. Im Budget 1987 fehlen ein echter Umweltschwerpunkt und Ansätze zu einer neuen, umweltorientierten Kommunalpolitik sowie der Ansatz für die Realisierung der "Jahrtausendchance". Im Bereich Umweltschutz bestehe ein enormer Nachholbedarf, trotzdem stehen nur 1,75 Prozent des Budgetvolumens, 1986 waren es 1,27 Prozent, für diesen Bereich zur Verfügung. Für den Zivilschutz beabsichtige die Stadt Wien überhaupt nur 75 Millionen auszugeben, was nicht mehr als "Spurenelemente" seien.

Es sei erfreulich, daß die Investitionsquote mit 15,5 Prozent am Gesamtbudgetvolumen, gemessen im Vergleich zu 1986, um 1 Prozent gestiegen sei, doch bleibe der Vollzug abzuwarten. Im Zeitraum von 1977 bis 1987 sei die Investitionsquote im Wiener Budget von 25 auf 15,5 gefallen. Betrachte man die Entwicklung der Arbeitslosenrate, so könne man nicht von einer antizyklischen Budgetpolitik sprechen, obwohl es im Bereich der Stadterneuerung dafür ein ideales Feld gäbe. Eine Steuerreform, die Transparenz und Vereinfachung fördere, könnte verhindern, daß das Steuersystem die Investitionen erdrücke.
(Forts.) jel/rr

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Generaldebatte, Finanzen und Wirtschaftspolitik

22 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. SCHMIDTMEIER (SPÖ) begrüßte vor allem die hohen Investitionen, die im Budget 1987 vorgesehen sind, wegen ihrer positiven Auswirkungen auf die Wiener Wirtschaft. Die Investitionen seien in nur drei Jahren um 40 Prozent gestiegen, und werden 1987 13,1 Milliarden ausmachen. Trotz dieses Investitions-schubes sind jedoch die Verbindlichkeiten seit 1982 mit rund 40 Milliarden stabil. Von 1982 bis 1986 verringerte sich der Schuldenstand in Prozenten des Jahresbudgets von 66 auf 50.

All diese Maßnahmen waren auch dafür ausschlaggebend, daß die Stadt Wien heute moderner und lebenswerter sei. Für die Zukunft seien hervorragende Rahmenbedingungen gegeben, die die Verwirklichung großer Ideen und Visionen wie die Neugestaltung des Donauraumes und die Durchführung einer Weltausstellung möglich erscheinen lassen, schloß Schmidtmeier. (Forts.) lei/gg

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Generaldebatte, Finanzen und Wirtschaftspolitik

23 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) In einer weiteren Wortmeldung stellte Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) zur Kritik an der Wasser- und Müllgebührenerhöhung fest, man könne nicht auf der einen Seite fordern, weniger einzunehmen und auf der anderen, mehr auszugeben.

Im Zusammenhang mit den Freiflügen sagte Mayr, daß bereits erste Handlungen gesetzt worden sind. So können ab sofort Gratistickets ohne Kontrolle nicht mehr ausgestellt werden. Weitere Entscheidungen können erst getroffen werden, wenn alle Fragen geklärt sind.

Trotz Kritik am Stadterneuerungsfonds sei in der Debatte bestätigt worden, daß sich "etwas getan habe". Die in den vergangenen Jahren geleistete Arbeit sei zugegebenermassen noch nicht "von der Straße aus" zu sehen, in ein oder zwei Jahren werde das anders sein.

Mayr sprach sich im Zusammenhang mit dem Zivilschutz gegen Warnanlagen in der Großstadt aus, wie es sie etwa während des Zweiten Weltkrieges gegeben hat. Der Rundfunk und die moderne Technik der Massenmedien seien schon deshalb sinnvoller, weil Signale nur "Warnung" verkünden könnten, das Radio dagegen konkrete Informationen. (Forts.) ull/bs

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Generaldebatte, Finanzen und Wirtschaftspolitik

24 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Mayr wies darauf hin, daß rund 160.000 Einpendler (Tages-, Wochen- und Monatspendler) in Wien ihrer Arbeit nachgehen. Diese Summe zeige, daß Wien einen wesentlichen Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung leistet. Er sprach sich entschieden dagegen aus, daß Landesregierungen, egal welche, auf Bundesregierungen, egal welche, Druck ausüben, um regionalpolitische "Zuckerln" zu verteilen. (Forts.) ull/gg

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Debatte Gesundheits- und Spitalswesen

25 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) kritisierte, daß beim Allgemeinen Krankenhaus und beim neuen Krankenhaus im Sozialmedizinischen Zentrum Ost geringere Beträge in den Voranschlag 1987 aufgenommen wurden, als es dem Finanz- und Investitionsplan entspräche. Es fehlen, so Hirnschall, auch konkrete Planungen für die Errichtung von zusätzlichen Alten- und Pflegeheimen. Begrüßenswert sei die Tatsache, daß in jenen Fällen, in denen dies möglich ist, die mobile Betreuung kranker Menschen verstärkt an die Stelle einer Spitalsaufnahme treten solle. Die in diesem Zusammenhang auch notwendige, mobile ärztliche Betreuung werde jedoch durch Funktionäre der Ärztekammer und der Sozialversicherung verhindert. Positiv seien die günstigen Voraussetzungen für die Ärzteausbildung in Wien zu werten. Wünschenswert wäre es, auch Privatspitäler, wie beispielsweise das Hanusch-Krankenhaus, in das Vormerksystem beim Anstaltenamt für Turnusplätze aufzunehmen. Auch sollten vermehrt Ärzte im Pflegedienst beschäftigt werden. Offensichtlich sei das Anstaltenamt mit dem Bemühen gescheitert, das Problem der Ambulanzgelder in den Griff zu bekommen, sagte Hirnschall, obwohl dies bis Ende des heurigen Jahres geschehen hätte sollen. Für die FPÖ wäre es wichtig, zu wissen, ob die im Zusammenhang mit den Ambulanzgeldern festgestellten Mißstände (Personalbeschäftigung, Geräteanschaffungen) abgestellt wurden. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Debatte Gesundheits- und Spitalswesen

26 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Univ.-Prof. Dr. WAGNER (ÖVP) wies auf die überproportionalen Kostensteigerungen im Gesundheitswesen hin, die vor allem durch die Spitäler verursacht werden. Wagner sagte, daß die Ursachen in Managementmängeln teilweise vorhandenen Überkapazitäten, verfehlten Belegungen der Betten und mangelnder Kostenrechnung zu suchen seien. Dies führe dazu, daß trotz erheblicher finanzieller Aufwendungen der medizinische Standard des Wiener Spitalswesens nicht optimal sei. Zur Frage der niedergelassenen Ärzte sagte Wagner, daß diese sicherlich verschiedene zusätzliche Aufgaben übernehmen könnten, daß jedoch leider die Ausrüstung der Praxen nicht dem modernen Standard entspreche, da hier die Verträge mit den Sozialversicherungen entwicklungs hemmend seien. In der Frage der Ärzteausbildung forderte Wagner eine Bedarfsfeststellung und eine Ausrichtung an diesen Bedarf. Schließlich äußerte Wagner eine gewisse Skepsis in Bezug auf die Berechnungsgrundlagen der VAMED bezüglich der Baukosten des AKH. Wagner stellte einen Beschlusantrag zur Schaffung einer Betriebsgesellschaft für das neue AKH, um das Spital nach modernen Managementmethoden zu führen. Weiters solle eine rechtsverbindliche Klärung über die zu errichtenden Kliniken stattfinden. (Forts.) gab/rr

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Debatte Gesundheits- und Spitalswesen

27 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Das Budget 1987, erklärte GR. LACINA (SPÖ), gewährleiste eine Erfüllung der Anforderungen im organisatorischen, medizinischen und humanen Bereich der Wiener Spitäler. Es bedeute die Fortsetzung des erfolgreichen Weges, der mit dem Beschluß des Spitalsplanes 1975 begonnen wurde. Man könne im Zusammenhang mit der Gesundheitsvorsorge und mit der Versorgung von kranken Menschen keine buchhalterischen Betrachtungen anstellen und Gesundheit wie eine finanzierbare oder unfinanzierbare Ware abhandeln. Es hieße, mit zweierlei Maß zu messen, wenn man ignoriere, daß Wien im Vergleich zu Niederösterreich weit mehr für die Ausbildung des medizinischen Personals und die Ausstattung der Krankenhäuser leiste. Wien habe, was die Akutbetten betreffe, auf die geänderte Altersstruktur besonders rasch reagiert und seit 1980 über 700 Akutbetten in den Spitälern und über 1.400 psychiatrische Betten abgeschafft. Mit der Umwandlung des Sophienspitals in ein Pflegeheim habe man einen der vielen Schritte zur Vermehrung von Pflegebetten getan. Zur außerspitalischen Versorgung sagte Lacina, es sei bezeichnend, daß die Zahl der Hausbesuche durch praktische Ärzte ständig steige. Für die Mediziner Ausbildung leiste Wien weit mehr als die Stadt verpflichtet wäre. Abschließend machte Lacina darauf aufmerksam, daß der Wiener Steuerzahler rund 700 Millionen Schilling im Jahr für Patienten aus den Bundesländern aufwende. (Forts.) lei/bs

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Debatte Gesundheits- und Spitalswesen

28 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dkfm. Hilde SCHILLING (ÖVP) forderte eine weitergehende Humanisierung der Wiener Spitäler. Die Abgeordnete stellte fest, daß in Kinderspitälern und -abteilungen der Anteil der Mutter-Kind-Zimmer noch immer sehr gering sei. Die seltene Begleitung kleiner Patienten durch Bezugspersonen mag in der hohen Berufstätigkeit der Frauen, aber auch in der Kostenbelastung begründet sein. GR. Schilling stellte daher den ANTRAG, daß in den Kinderabteilungen der städtischen Krankenanstalten eine Kindergärtnerin zur speziellen Betreuung jener Kinder, die nicht durch eine Bezugsperson begleitet werden, eingestellt werde.

Ein nächster ANTRAG betraf das Pflegeheim Lainz. Auf der einen Seite werde die Zahl der sehr alten Menschen immer größer, wodurch sich die Pflegearbeit wesentlich vermehre. Ein großes Problem für Schwestern und Ärzte stelle außerdem die immer größere Anzahl von schweren Pflegefällen dar, die eine spezielle Betreuung benötigten. Der Antrag sehe deshalb vor, so Schilling, daß zusätzlich entsprechend geschultes Personal eingestellt werde. Personen, die eine spezifische psychiatrische Betreuung benötigen, sollten nicht in ein Pflegeheim eingewiesen werden.

10 bis 12 Prozent der Patienten, die von der Rettung in eine Unfallklinik eingeliefert werden, befinden sich in schwer alkoholisiertem Zustand. Die Praxis laufe meistens darauf hinaus, daß viele der alkoholisierten Patienten, worunter sich viele Unterstandslose befinden, nach ambulanter Behandlung wieder entlassen werden. In einem weiteren ANTRAG forderte Schilling deshalb, daß an Unfallkliniken entsprechende Auffangstationen eingerichtet werden. Außerdem soll für eine soziale und psychologische Nachbetreuung gesorgt werden. (Forts.) lei/rr

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Debatte Gesundheits- und Spitalswesen

28 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dkfm. Hilde SCHILLING (ÖVP) forderte eine weitergehende Humanisierung der Wiener Spitäler. Die Abgeordnete stellte fest, daß in Kinderspitälern und -abteilungen der Anteil der Mutter-Kind-Zimmer noch immer sehr gering sei. Die seltene Begleitung kleiner Patienten durch Bezugspersonen mag in der hohen Berufstätigkeit der Frauen, aber auch in der Kostenbelastung begründet sein. GR. Schilling stellte daher den ANTRAG, daß in den Kinderabteilungen der städtischen Krankenanstalten eine Kindergärtnerin zur speziellen Betreuung jener Kinder, die nicht durch eine Bezugsperson begleitet werden, eingestellt werde.

Ein nächster ANTRAG betraf das Pflegeheim Lainz. Auf der einen Seite werde die Zahl der sehr alten Menschen immer größer, wodurch sich die Pflegearbeit wesentlich vermehre. Ein großes Problem für Schwestern und Ärzte stelle außerdem die immer größere Anzahl von schweren Pflegefällen dar, die eine spezielle Betreuung benötigten. Der Antrag sehe deshalb vor, so Schilling, daß zusätzlich entsprechend geschultes Personal eingestellt werde. Personen, die eine spezifische psychiatrische Betreuung benötigen, sollten nicht in ein Pflegeheim eingewiesen werden.

10 bis 12 Prozent der Patienten, die von der Rettung in eine Unfallklinik eingeliefert werden, befinden sich in schwer alkoholisiertem Zustand. Die Praxis laufe meistens darauf hinaus, daß viele der alkoholisierten Patienten, worunter sich viele Unterstandslose befinden, nach ambulanter Behandlung wieder entlassen werden. In einem weiteren ANTRAG forderte Schilling deshalb, daß an Unfallkliniken entsprechende Auffangstationen eingerichtet werden. Außerdem soll für eine soziale und psychologische Nachbetreuung gesorgt werden. (Forts.) lei/rr

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Debatte Gesundheits- und Spitalswesen

30 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR DINHOF (SPÖ) erklärte, er teile die Meinung, daß die Leistungen der Krankenhäuser von den Sozialversicherungsträgern nicht ausreichend honoriert werden. Eine entsprechende Vereinbarung werde notwendig sein. An den Ausführungen von GR Univ.-Prof. Dr. WAGNER vermißte Dinhof Aussagen zur Humanität im Spital - Wagner habe sich fast ausschließlich mit Fragen der Wirtschaftlichkeit auseinandergesetzt. Privatspitäler böten, so Dinhof, wohl oft ein besseres Ambiente, doch sei dieses noch kein Garant für eine bessere medizinische Betreuung.

Abschließend würdigte Dinhof, daß GR Dkfm. SCHLICK zum ersten Mal seit vielen Jahren auch positive Worte zum Gesundheitswesen gefunden habe. (Forts.) and/bs

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Debatte Gesundheits- und Spitalswesen

31 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) wies auf die Annäherung der Standpunkte aller Redner hin, die sich eben aus den gemeinsam erkannten Notwendigkeiten im Gesundheitswesen ergeben. Er sei allerdings dafür, die Bedürfnisse und den Bedarf der Patienten noch mehr in den Vordergrund zu stellen und nicht nur von der Finanzierung des Spitalswesens zu sprechen. Zur Frage der ärztlichen Betreuung außerhalb der Anstalten führte Stacher an, daß er sich sehr wohl eine Verbesserung der Versorgung durch die Praktiker vorstellen könne, daß für bestimmte Bereiche aber eben die Verträge mit den Sozialversicherungen entsprechend geändert werden müssen. Zur Ausbildung der jungen Ärzte sagte er, daß die Stadt Wien verschiedene Maßnahmen vom Pflegedienst über die Möglichkeit der Fortbildung bis zur verstärkten Einstellung getroffen habe und damit wesentlich mehr leiste als andere Bundesländer. Die zukünftige Betriebsorganisation des AKH bezeichnete Stacher als etwa adäquat einer Ges.m.b.H. Ab Anfang 1987 sei über den Diagnoseschlüssel für alle Spitäler eine bessere Kostenstellenrechnung möglich. Zu Fragen der Humanisierung des Spitalswesens sagte Stacher, daß hier bereits viel geschehen sei, im besonderen auch in Wiener Spitälern und in den Pflegeheimen. Schließlich wies Stacher darauf hin, daß man die Kosten für das SMZ-Ost nicht mit denen eines Provinzkrankenhauses vergleichen könne, da das SMZ-Ost über verschiedene Einrichtungen eines Schwerpunktkrankenhauses verfügen werde. Schließlich dankte Stacher allen im Gesundheitswesen beschäftigten Bediensteten. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend, Familie und Soziales

32 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) nahm zu den Öffnungszeiten der Kindergärten Stellung. Wegen der Berufstätigkeit vieler Mütter wäre es angebracht, daß wenigstens ein städtischer Kindergarten in jedem Bezirk länger als bis 17.30 Uhr geöffnet sein sollte. Da dies abgelehnt worden sei, stellte Hirnschall den ANTRAG, daß Privatkinderergärten, die längere Öffnungszeiten anbieten, eine Förderung durch die Stadt Wien wegen höherer Personalkosten erhalten sollten.

In einem Zehnjahresplan wurde die Schaffung von tausend Behindertenwohnplätzen in Aussicht gestellt. Da für das kommende Jahr im Budgetentwurf lediglich 1,5 Millionen Schilling für diese Zwecke vorgesehen sind, ersuchte Hirnschall um Auskunft, welche Projekte im nächsten Jahr in Angriff genommen werden und in welchem Ausmaß und in welcher Form die Behindertenorganisationen zur Mitarbeit eingeladen werden.

Weiters kritisierte Hirnschall, daß durch die Zuerkennung des Hilflosenzuschusses viele alte Menschen den Anspruch auf einen ermäßigten Straßenbahnausweis um 150 Schilling pro Monat verlieren. Er regte an, daß diese "kleinliche Auslegung" des Sozialhilfgesetzes geändert werde.

Der Abgeordnete nahm auch zur "Parteibuchwirtschaft" im Bereich der Schule Stellung. Eine Lösung könnte darin bestehen, daß der Lehrkörper die Direktoren auf Zeit wähle.

Abschließend stellte Hirnschall fest, daß die Änderung der Geschäftsordnung des Kollegiums des Stadtschulrates, daß dieses nur mehr nach Bedarf und nicht mehr, wie bisher, zweimal jährlich zusammentrete, demokratiepolitisch bedenklich sei. (Forts.) lei/bs

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend, Familie und Soziales

33 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. ZILK wertete die Änderung der Geschäftsordnung des Kollegiums des Stadtschulrates als Fortschritt. Er selbst werde sich dafür einsetzen, daß das Kollegium künftig öfter als bisher zusammentreten werde. Er sprach sich gegen den Vorschlag aus, daß Lehrer selbst ihren Direktor auf einige Jahre wählen. Auch gebe es im Gesetz keine Bestimmung, die einen "Direktor auf Zeit" vorsieht.

Abschließend hob Zilk hervor, daß sich die Anstellung von Lehrern ausschließlich und nachweislich nach dem Datum der Bewerbung richtet. (Forts.) ull/gg

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend, Familie und Soziales

34 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. Marilies FLEMMING (ÖVP) erklärte, das Selbstvertretungsrecht der Behinderten sei ein grundlegendes Recht in der Demokratie, und es sei von der ÖVP immer wieder gefordert worden. Die ÖVP habe die Interessengemeinschaft der Behinderten durchgesetzt. Unbefriedigend sei die Situation, daß der jeweilige Sozialstadtrat Vorsitzender der Interessenvertretung ist. Die Behinderten sollten mehr Selbständigkeit beim Artikulieren ihrer Forderungen erhalten. Um die Integration behinderter Kinder in Regelkindergärten und Regelschulen zu verbessern, stellte Dr. Flemming den ANTRAG, einen Modellversuch zur Integration behinderter Kinder in einem Wiener Regelkindergarten sowie in einer Regelschule durchzuführen, wobei die Schülerhöchstzahl 15 nicht überschreiten sollte. Der Anteil behinderter Schüler sollte dabei maximal ein Fünftel betragen. Verbesserungswürdig ist nach Ansicht von GR. Dr. Flemming das System der Blindenbeihilfe. Die Blindenbeihilfe wird in Oberösterreich ab dem sechsten Lebensjahr gewährt, in Wien erst ab dem fünfzehnten. Bei einem Heimaufenthalt wird in Wien, anders als in Oberösterreich, die Beihilfe gestrichen. In einem weiteren ANTRAG forderte GR Flemming, die 500 Wiener Taubstummen sollten die Wiener öffentlichen Verkehrsmittel kostenlos benützen können. Außerdem, so ein weiterer ANTRAG, solle die Stadt Wien die Errichtung sogenannter Notruftelefone für ältere und behinderte Menschen nach sozialen Kriterien unterstützen. Schließlich stellte GR Flemming den ANTRAG, daß für Behinderte eine Taxibenützung mit einem eigenen Scheckheft alternativ zum Fahrtendienst für Behinderte in Anspruch genommen werden kann. Dies deshalb, weil die derzeitige Organisation für Behinderte oft unbefriedigend sei. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend, Familie und Soziales

35 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Erika STUBENVOLL (SPÖ) wies auf die Wichtigkeit einer familienfreundlichen Politik in der Großstadt hin. Gerade heute, da die Gesellschaft im allgemeinen und die Familie im besonderen im Wandel begriffen seien, seien auf diesem Gebiet längerfristige, aber dennoch flexible Konzepte notwendig. So gelte es etwa, Kindergärten und Horte benützerfreundlich auch bezüglich der jeweiligen Distanz vom Wohnort zu machen und in den Schulen die Leistungen auf kindgerechte Art zu fördern. Stubenvoll sprach sich dabei auch für eine verbale Beurteilung der Leistungen in der ersten Schulzeit aus und wies auf die Senkung der Klassenschüler-Durchschnittszahlen in Wien hin. Große Bedeutung habe auch die Integration behinderter oder auch ausländischer Kinder, wobei in diesen beiden Bereichen auf große Fortschritte verwiesen werden könne. Stubenvoll artikuliert den Wunsch nach einer gemeinsamen Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen im Sinne einer weiteren Integration aller Kinder. Schließlich verwies die Rednerin auf die Bedeutung der außerschulischen Bildungsarbeit und auf die Aktionen der Stadt Wien wie Ferienspiel oder Familiensonntag, mit denen jährlich rund 600.000 Menschen angesprochen werden. Die weite Palette der außerschulischen Förderungen umfasse darüber hinaus die verschiedensten Aktivitäten, wobei auch im Bereich der Erwachsenenbildung ein reiches Angebot zu verzeichnen sei. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend, Familie und Soziales

36 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. HELMER (ÖVP) stellte fest, daß im Budgetentwurf 1987 keine Mittel für eine Renovierung des Gebäudes Hetzendorfer Straße 138, in dem eine Volksschule untergebracht ist, vorgesehen sind. Trotz zahlreicher Hinweise durch die Schulverwaltung und Schulbehörde und trotz eines Gutachtens eines Statikers, der auf den gefährlichen Bauzustand des Hauses hinweist, scheinen auch im kommenden Jahr keine baulichen Verbesserungen dieses Hauses vorgesehen zu sein. In Anbetracht der skandalösen Gefährdung von Schülern und Lehrern stellte Helmer den ANTRAG, daß ein unabhängiger beeideter Ziviltechniker ein Gutachten über den Bauzustand erstellen solle, und allfällige Sicherheitsmaßnahmen sofort durchgeführt werden sollen. (Forts.) lei/gg

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend, Familie und Soziales

37 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Ilse FORSTER (SPÖ) gab zu Beginn ihrer Ausführungen einen Überblick über die sozialen Dienste der Stadt Wien. Sie wies aber auch darauf hin, daß es in den vergangenen Jahren einen Rekord an Eheschließungen gegeben hat und in vielen Fällen Kinder Krisensituationen und psychische Belastungen ausgesetzt sind. Ihnen zu helfen, ist eine von vielen wichtigen Aufgaben.

Ausführlich beschäftigte sie sich mit arbeitslosen Menschen, die nicht nur mit eigenen Problemen zu kämpfen haben, sondern neuerdings auch mit der öffentlichen Meinung. Forster unterstrich, daß sie eine "Mißbrauchsrate" von 3 Prozent in Kauf nehme, wenn dafür 97 Prozent jene Leistungen erhalten, die sie benötigen. Sie verwahrte sich entschieden gegen eine Diskussion, die zum Ziel hat, den gesamten Sozialstaat in Frage zu stellen. (Forts.) ull/bs

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend, Familie und Soziales

38 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. KÖNIG (SPÖ) erklärte, GR. Flemming habe lediglich die Diskussionsbeiträge aus den letzten beiden Sitzungen der Interessenvertretung der Behinderten abgeschrieben und als Anträge eingebracht. Wichtig sei die Erfüllung der Wünsche der Behinderten, und dabei sei die SPÖ schon seit Jahren erfolgreich tätig. Die Behindertenhilfe sei seit 1973 um 1.725 Prozent erhöht worden, und gerade beim Behindertenwesen sei das vorliegende Budget nicht restriktiv. König meinte, es bewähre sich nicht, in der Behindertenkommission kaum präsent zu sein, wie die ÖVP dies praktiziere. Auf diese Weise könnten keine Problemlösungen erreicht werden; denn es gehe nicht nur um die Formulierung von Wünschen, sondern auch um die notwendigen organisatorischen Vorarbeiten. Was die Blindenbeihilfe betrifft, werde sie in Wien nur dann nicht bezahlt, wenn sich der Empfänger im Pflegeheim befindet, hingegen schon, wenn er in einem Krankenhaus aufgenommen wurde. Die Interessenvertretung der Behinderten hat deshalb den Sozialstadtrat zum Vorsitzenden, weil dieser unmittelbar im Stadtsenat berichten könne. Der Wirtschaft sei vorzuwerfen, daß sie keine zusätzlichen Arbeitsplätze für Behinderte geschaffen habe, wie dies von seiten der Stadt Wien geschehen ist. Beim Behindertenfahrtendienst gebe es kein Monopol, vielmehr würden verschiedene Firmen beschäftigt. Für die Behindertenwohnungen sind im Budget 105 Millionen vorgesehen und nicht die von GR. Dr. Hirnschall genannten 1,5 Millionen, denn diese dienen lediglich der Verwaltung. Am Ende des nächsten Jahres sei damit zu rechnen, schloß König, daß für 70 bis 100 Behinderte Wohnheimplätze zur Verfügung stehen werden, wie dies von der Arbeitsgemeinschaft "Wohnstätten für behinderte Menschen" geplant ist. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend, Familie und Soziales

39 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) StR. Ingrid SMEJKAL (SPÖ) plädierte für die Zusammenarbeit in allen Behindertenfragen, die ja im Mittelpunkt der Debatte gestanden seien. Smejkal bezeichnete in diesem Zusammenhang den Verein Lebenshilfe als wichtiges Integrationsmodell und sprach sich generell für die verstärkte Integration Behinderter aus. Zur Frage der Schule in der Hetzendorfer Straße 138 sagte Smejkal, daß hier noch endgültig zu entscheiden sei, ob ein Zubau errichtet oder die Schule auf einem bereits vorhandenen Bauplatz neu errichtet werden solle. Zu den Wiener Kindergärten sagte Smejkal, daß diese als pädagogische und familienergänzende Einrichtung gedacht seien. Die Öffnungszeit von elf Stunden sei in diesem Zusammenhang ein Maximum. Smejkal verwahrte sich gegen den Vorwurf, daß die Stadt Wien beim Sozialpaß eine kleinliche Haltung einnehme und plädierte für eine verantwortliche Berichterstattung in den Medien im Zusammenhang mit Sozialleistungen. Schließlich verwies StR. Smejkal auf den Erfolg des Kindertelefons, das sich sehr bewährt habe. Abschließend dankte sie allen Bediensteten im Bereich ihres Ressorts.

Die Sitzung wurde um 20.15 Uhr unterbrochen und wird am Mittwoch fortgesetzt. (Schluß) gab/gg

--- Ende des Sitzungsberichtes ---

NNNN